Morgen-Ausgabe Nr. 346 Dienstag, 26. Juli 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis: Bei tägl. zweimal. Zustellung frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,96 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachsens u. Abendausg. 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 20 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Vor dem offenen Bürgerkrieg in Palästina

Jüdische Warenhäuser in Brand gesteckt und zerstört - Generalstreik ausgerufen

Paris, 25. Juli.

Im Anschluß an das Attentat von Haifa am Montagmorgen ist die Spannung in ganz Palästina bis zum äußersten gestiegen. In der Stadt Haifa begannen nach dem Anschlag Repressalien. Die arabische Bevölkerung steckt aus Wut jüdische Geschäfte und Warenhäuser in Brand. Vier Warenhäuser sind bereits vollkommen von den Flammen zerstört.

Kraftfahrzeuge in den Straßen wurden ebenfalls angezündet. Sämtliche Straßen, die nach Haifa führen, sind gesperrt. Die Telephonverbindungen mit dem Innern des Landes sind unterbrochen.

In Jaffa wurde der Generalstreik ausgerufen. Die Zwischenfälle in der Zone zwischen Jaffa und Tel Aviv nehmen immer mehr zu. Ein arabischer Fußgänger wurde durch Revolverschüsse getötet. Flugzeuge der englischen Luftwaffe überfliegen die Gegend, bereit, bei schweren Zwischenfällen sofort einzugreifen.

Nach den letzten amtlichen Feststellungen hat sich die Zahl der Opfer, die die schwere Bombenexplosion auf dem arabischen Gemüsemarkt in Haifa forderte, noch erhöht. Die Zahl der Toten beträgt danach 89, der Verwundeten 64. Bei den Ausschreitungen, die sich an die Bluttat anschlossen, wurden mehrere Personen verletzt.

•

Das Parlament der Republik Libanon ist für Dienstag überraschend zu einer außergewöhnlichen Sitzung einberufen worden. Man ist der Ansicht, daß ein Zusammenhang zwischen der schnellen Rückkehr des Präsidenten aus Paris und der verschobenen Abreise des französischen Oberkommissars nach Frankreich bestehe. Man erwartet bedeutsame Beschlüsse, die die Aenderung der Politik des Libanon und der französischen Levantepolitik betreffen.

Der Einsatz der Betriebe

In dieser Woche werden die letzten Vorbereitungen zum 2. Leistungskampf der deutschen Betriebe getroffen. Am 1. August finden dann überall Betriebsappelle statt, die den großen sozialen Wettstreit eröffnen. 80 000 Betriebe haben am ersten Leistungskampf teilgenommen, eine Zahl, die diesmal bereits kurze Zeit nach Beginn der Anmeldefrist erreicht wurde. Nur ein geringer Prozentsatz der Teilnehmer kann damit rechnen, den Ehrennamen „Nationalsozialistischer Musterbetrieb" oder ein Gaudiplom zu erhalten. Aber das ist ja letzthin auch gar nicht entscheidend. Entscheidend bleibt einmal der Einsatz eines möglichst großen Teiles aller Betriebe und zweitens der im Gesamtdurchschnitt erzielte Fortschritt gegenüber dem ersten Leistungswettkampf. Ebenso wie der Reichsberufswettkampf soll auch der Leistungskampf der Betriebe zu einer stehenden Einrichtung werden. Kein Betrieb, auch nicht der Musterbetrieb, darf sich auf errungenen Lorbeeren ausruhen. Jedes Jahr soll neue Aufgaben und neuen Fortschritt bringen, und die Aufgaben und Möglichkeiten sind so vielfältig und unerschöpflich, daß der Leistungskampf auf viele Jahre hinaus der beste Ansporn zur Verwirklichung des nationalsozialistischen Sozialprogramms sein wird.

Steht beim Reichsberufswettkampf das einzelne Gefolgschaftsmitglied im Wettbewerb, so messen sich im Leistungskampf die Betriebe als geschlossene Einheiten. Hier kommt es auf den Gesamteinsatz an, auf die Summe vielfältiger Einzelheiten, die erst zusammen eine sozialpolitische Wertung ermöglichen. Fast jeder Schaffende hat in der letzten Zeit von diesem Leistungskampf etwas gespürt, ganz gleich, an welcher Stelle er steht. So ist die Schaffung von gesunden Arbeitsplätzen, Speise- und Erholungsräumen schon etwas Selbstverständliches geworden, und auf diesem vordringlichsten Gebiete wurden Erfolge auf breitester Front erzielt. Es ergeben sich nun neue Aufgaben. Die Fürsorge des Betriebes erstreckt sich immer mehr auf die Gesunderhaltung der Gefolgschaftsmitglieder. Durch Reihenuntersuchungen im Betriebe, Schaffung von Sportplätzen und Förderung der Betriebssportgemeinschaften ist man hier schon erheblich weiter gekommen. Ueberaus vielfältig sind die Möglichkeiten, die sich für den Ausbau der Freizeit ergeben. Hier sollen die Einrichtungen von „Kraft durch Freude" immer stärker auch von den Betriebsgemeinschaften als Ganzes in Anspruch genommen werden. Die Sicherung des Lebensabends der langjährig beschäftigten Betriebsangehörigen über die Leistungen der öffentlichen Rentenversicherung hinaus wird mehr und mehr zu einer moralischen Verpflichtung für den nationalsozialistischen Betrieb. Ein Gebiet, das immer größere Bedeutung gewinnt, ist die Stufung der sozialen Leistungen nach bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten. Bereits 10 000 Betriebe gewähren ihren Gefolgschaftsmitgliedern namhafte Beihilfen bei Eheschließung und Geburt eines Kindes. Die Beteiligung der Gefolgschaft am Reingewinn, die vorerst noch auf verhältnismäßig wenige Betriebe beschränkt ist, hat durch die im letzten Heft der DAF-Zeitschrift „Arbeitertum" gegebenen Richtlinien einen neuen Auftrieb erhalten.

Für alle diese Leistungen wurden bis zum Beginn des vorigen Leistungskampfes bereits 798 Millionen Mark aufgewendet, wobei zu bedenken ist, daß sich nur die materiellen Werte in Zahlen umsetzen lassen, nicht aber die ideellen. Und entscheidend bleibt — bei aller Würdigung des finanziellen Einsatzes — nicht das Geld, sondern der Geist, der diesem in der ganzen Welt einzig dastehenden Sozialwettstreit das Gepräge gibt. Gemeinschaftsgefühl, Kameradschaft, Einsatzbereitschaft — diese Parolen des Nationalsozialismus haben für das Wirtschafts- und Sozialleben ebenso Gültigkeit wie für die Politik. Immer wieder ist gesagt worden, daß ein kapitalkräftiger Betrieb, und mag er noch so viel Geld für sein Sozialprogramm auswerfen, allein aus materiellen Leistungen keinen Anspruch auf besondere Auszeichnung ableiten kann. Wesentlicher ist das nationalsozialistische Denken und Handeln vom Betriebsführer bis zum letzten Hilfsarbeiter. Der Betriebsführer eines Musterbetriebes hat kürzlich berichtet, wie erstaunt die Besucher seines Betriebes sind, die Schwimmhallen, Sportplätze und große Erholungseinrichtungen suchen — und nichts dergleichen finden. In diesem Betriebe hat eben der Gemeinschaftsgeist bei der Bewertung den Ausschlag gegeben, und der war so vorbildlich, daß dagegen alle materiellen Aufwendungen zurücktraten.

In allen Musterbetrieben herrscht deshalb eine vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Betriebsführer und Betriebsobmann. Sie sind die beiden Pole, zwischen denen das soziale Aufbauwerk fortschreitet, und eine gesunde Spannung innerhalb dieser Betriebspolarität braucht durchaus noch keine Hemmung zu bedeuten. In der vertrauensvollen Zusammen-

Kriegsspiele auf dem Roten Platz in Moskau

Sportparade im Zeichen der Kriegsvorbereitungen gegen Japan und den Faschismus

Moskau, 25. Juli.

Die am Sonntag in Moskau wie alljährlich abgehaltene Sportparade stand diesmal ganz im Zeichen der Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion. Während in früheren Jahren die Sportparade mehr zur Volksbelustigung organisiert war, trugen jetzt die meisten Vorführungen kriegerischen Charakter. Im pantomimischen Spiel wurde z. B. auf dem Roten Platz vor der Tribüne der Sowjetgewaltigen das Thema des Kriegsausbruches (!) dargestellt, wobei sich tanzende Sportlerinnen im Handumdrehen in Amazonen und friedliche Fußballer in Piloten und Tankisten verwandelten. Es wurde weiter dargestellt, wie auf eine Herausforderung des Feindes hin die Sowjetarmee die Grenze überschreitet und die rote Fahne ins feindliche Land vorträgt (!) und dergleichen mehr.

Von der Tribüne des Lenin-Mausoleums aus besahen sich Stalin, Molotow, Woroschilow, Kaganowitsch, Dimitroff und andere Parteigewaltige mit Interesse dieses Schauspiel.

Um keinen Zweifel daran zu lassen, gegen wen diese Demonstrationen gemünzt sind, hielt zu Beginn der Parade der Leiter des Jungkommunistenverbandes eine Rede, in der er u. a. sagte: „Wir sind wirklich jetzt das einzige Land des Sozialismus. Die gesamte kapitalistische Welt ist gegen uns. Die Feinde drohen uns mit Krieg. Wir alle haben dieser Tage die Mitteilung in der Zeitung gelesen über die Unterredung eines japanischen Diplomaten mit unserem Außenkommissar. Wir, Millionen der sowjetischen Jugend, können die Drohungen des japanischen Diplomaten nicht übersehen. Beim ersten Schuß des Feindes bitten wir die Sowjetregierung, uns zu erlauben, den toll gewordenen Feind auf bolschewistische Art zu belehren. Auf Gewalt werden wir mit Gewalt antworten."

Die Montagsblätter widmen der Parade höchst charakteristische Betrachtungen. Ueberall wird hervorgehoben, daß der Sport, so wie man ihn in der Sowjetunion betreibt, eine unerläßliche militärische Vorschulung darstelle. „Die Sowjetjugend weiß wohl", so schreibt die „Prawda", „daß der Sport nicht nur bei der friedlichen Arbeit, sondern auch im Kampf große Dienste leistet". Der Sport müsse dazu dienen, die Sowjetbevölkerung in ständiger Mobilisationsbereitschaft zu halten. Die „Komsomolskaja Prawda" schreibt: „Die sowjetische Sportparade war eine hervorragende Probe der Mobilisationsbereitschaft der breiten Massen der Jugend, eine Probe ihrer kriegerischen Erhärtung, sie war Demonstration dafür, daß die sowjetischen Sportler, die voll von Haß gegen den Faschismus und dessen trotzkistische Agentur sind, in der drohenden Stunde des Kriegsausbruches ihre Heimat mit der Waffe in der Hand zu verteidigen wissen."

Ausländer müssen Wladiwostok verlassen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Juli.

Wie aus Warschau gemeldet wird, hat nach dort vorliegenden Nachrichten der Oberkommandierende der sowjetrussischen Fernostarmee, Marschall Blücher, soeben den Befehl erteilt, daß alle Ausländer Chabarowsk, Wladiwostok und alle anderen militärisch wichtigen Gebiete innerhalb von drei Tagen verlassen müssen. Die Ausländer können auch bis auf weiteres die Transsibirische Eisenbahn nur mit besonderer Genehmigung des Oberkommandierenden der Fernostarmee benutzen. Nach sowjetrussischer Auffassung ist es auch ein Zeichen für den Ernst der Lage in Fernost, daß Marschall Blücher die Familien der Angehörigen der Roten Armee ebenfalls aus dem Fernostgebiet abtransportieren ließ.

Graz - „Stadt der Volkserhebung"

Graz, 25. Juli.

Am 5. Juli ist vom Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, an den Bürgermeister der Stadt Graz folgendes Schreiben eingetroffen:

„Auf Ihren Antrag vom 26. April dieses Jahres hat der Führer und Reichskanzler in Anerkennung der besonderen Verdienste der Steiermark und ihrer Hauptstadt im Kampf um die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich genehmigt, daß die Stadt Graz sich „Stadt der Volkserhebung" nennt. Im Auftrage des Führers beehre ich mich, Ihnen davon Kenntnis zu geben."

Ein vom 8. Juli datiertes und vom Gauleiter überreichtes sowie von Bürgermeister Dr. Kaspar unterzeichnetes Schreiben an den Führer lautet:

„Tief beeindruckt von der hohen Auszeichnung, die Sie der Hauptstadt des Gaues Steiermark und damit dem ganzen Gau zuteil werden ließen, bitten wir, unseren Dank entgegennehmen zu wollen. Das deutsche Volk in der Steiermark wird sich durch unverbrüchliche Treue und restlosen Einsatz für Sie, mein Führer, und die Bewegung dieser Auszeichnung würdig erweisen. Wir bitten, den Volksgenossen Ihren Entschluß am 25. Juli 1938, dem Tage des Beginns der ersten Erhebung, in deren Verlauf über 70 Parteigenossen ihre Treue zu Ihnen mit dem Tode besiegelt haben, verkünden zu dürfen."

Feierstunde in Berlin für Maria von Rumänien

Berlin, 25. Juli.

Aus Anlaß der Beisetzung der Königinmutter Maria von Rumänien veranstaltete der rumänische Gesandte in Berlin, Radu Tr. Djuvara, am Montagmittag in der St. Matthäikirche am Matthäikirchplatz eine Gedenkfeier, bei der der Administrator der orthodoxen Diözese in Deutschland, Bischof Seraphim, das Requiem zelebrierte. Der Trauerfeier in der mit Blumen geschmückten Kirche wohnten als Vertreter des Chefs der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers Legationsrat Hinrichs bei. Anwesend waren ferner das Diplomatische Korps, als Vertreter des Reichsaußenministers Staatssekretär v. Weizsäcker sowie Vertreter fast aller Reichsminister, der Wehrmacht, der Partei und ihrer Gliederungen. Im Anschluß an das feierliche Requiem, das von dem Chor der russischen Kathedrale am Hohenzollerndamm gesungen wurde, nahm der rumänische Gesandte das Beileid der Trauergäste entgegen.